

DIE LINKE. Velbert – Offerstraße 14a – 42551 Velbert

Stadt Velbert  
z.H. des Vorsitzenden des Rates  
Herrn Bürgermeister Dirk Lukrafka  
Thomasstraße 01  
42551 Velbert

DIE LINKE. – Fraktion Velbert  
Offerstraße 14a  
42551 Velbert

Telefon: 02051 / 932810  
Telefax: 02051 / 932811

buero@dielinke-velbert.de  
www.dielinke-velbert.de

Velbert, 10. Juni 2020

**Antrag der Fraktion „DIE LINKE.“ an die nächste Ratssitzung  
„Handlungskonzept der Stadt Velbert gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dirk Lukrafka,

die Fraktion „DIE LINKE. Velbert“ bittet den oben genannten Antrag mit dem folgenden Beschlussvorlag:

1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, mit welchem sachlichen und personellen Aufwand der Bereich der Gleichstellungsbeauftragten um eine Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit ergänzt werden kann.

Zu den Aufgabenbereichen sollen gehören:

- Individuelle Einzelfallhilfe und Rechtsberatung für von Diskriminierung betroffener Menschen
- Beratung und Weitervermittlung von Einzelpersonen und Organisationen/Vereinen
- Sensibilisierungsworkshops und Informationsveranstaltungen, auch zu den Themen Rassismus und Diskriminierung und der Umgang damit
- Sensibilisierung verschiedener Bevölkerungsgruppen für gesellschaftliche Vielfalt
- Fachkräftefortbildungen
- Bereitstellung von Informationen und Informationsmaterialien für Fachkräfte, Betroffene und Engagierte; Entwicklung von praxisrelevanten Publikationen
- Erforschung von Diskriminierungsfeldern
- Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Zielgruppen dieser Arbeit sollen unter anderem sein:

Menschen und Organisationen, die sich gegen Diskriminierung und für Vielfalt einsetzen, Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, z. B. aufgrund von Alter, Behinderung, Migrationshintergrund und/oder ethnischer Herkunft,

Religionszugehörigkeit, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität,  
Arbeitslosigkeit, Geschlecht

2. Die Verwaltung wird beauftragt zum IV. Sitzungszug des Jahres 2020 unter Einbeziehung von in diesem Bereich aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen ein „Handlungskonzept gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus“ zu erarbeiten und den politischen Gremien vorzulegen.

Dabei ist auch auf die zur Umsetzung notwendigen personellen und sächlichen Mittel einzugehen. Bestandteile des Handlungskonzeptes sollen unter anderem die Koordination kommunaler Aktivitäten gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus in der Stadt Velbert, der Aufbau eines Informationsbüros oder -portals zur Dokumentation rechtsextremer Aktivitäten und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Stadt Velbert die Vernetzung der Angebote zur Opferarbeit, die Stärkung antifaschistischer Strukturen im Stadtgebiet, der Ausbau und die Koordination der Erinnerungsarbeit sowie die Intensivierung der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sein.

auf die Tagesordnung des nächsten Rates aufzunehmen.

**Begründung:**

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verbietet Diskriminierung, etwa bei der Arbeit, bei der Wohnungssuche, beim Diskobesuch oder beim Einkaufen. Ziele einer Antidiskriminierungsstelle soll das Aufzeigen von Handlungsoptionen und Unterstützungsangeboten, die Förderung des Bewusstseins für Gleichberechtigung als Menschenrecht, das Herbeiführen von Bewusstseins- und Verhaltensänderungen sowie die Förderung einer diskriminierungsfreien Gesellschaft sein.

Als Beispiele, wieso in unseren Augen, solch eine Stelle notwendig wäre, könnte man die zunehmende Hetze von rechts nehmen, den alltäglichen Rassismus und/oder Sexismus, welcher einigen unserer Bürger\*innen täglich begegnet und zurecht verstärkt in der Gesellschaft zum Augenschein kommt. Diese muss mit verstärktem zivilgesellschaftlichem und öffentlichem Engagement begegnet werden. Die Stadt Velbert ist in der Pflicht, seinen Beitrag hierzu deutlich auszubauen und – wie in anderen Kommunen in NRW bereits geschehen - ein Handlungskonzept gegen zu formulieren und umzusetzen.

Allein im Velbert gab es 15 rechtsextremistische Straftaten im Jahre 2019, was ein Anstieg gegenüber 2018 (11 Straftaten) darstellt – mit der Tendenz steigend.

Hasserfüllte und gewaltverherrlichende Kommentare in sozialen Netzwerken und die sprachliche Verrohung der politischen Auseinandersetzung durch rechtspopulistische und faschistische Politiker verunsichern und schüchtern Bürger\*innen ein. Daher ist die Stadt Velbert gefordert, die Einwohner\*innen zu unterstützen und zu stärken, die dem Rechtsextremismus entgegenzutreten.

Mit freundlichen Grüßen

Can Kulakci  
(Fraktionsgeschäftsführer)

Harry Gohr  
(Fraktionsvorsitzender)